76. Jahrgang. Nr. 179 Sonnabend, 16. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftleitung: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 90 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 90 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohn. Rabattabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Kompromißvorschlag Stimsons für Genf

Abkehr Amerikas von Landrüstungsfragen

Paris, 15. April. Staatssekretär Stimson hat heute der Presse gegenüber erklärt, daß er in Genf einige Maßnahmen zu unterstützen gedenke, die die Arbeiten der Abrüstungskonferenz seiner Auffassung nach fördern dürften. Diese sehr unbestimmt gehaltenen Worte werden jetzt von gut unterrichteter Seite in höchst bemerkenswerter Weise dahin ausgelegt,

daß Stimson einen Kompromißvorschlag plane, den er dem Ministerpräsidenten Tardieu am Freitagabend bereits mitgeteilt habe.

Dieser Kompromißvorschlag bestehe darin, daß die Frage der Landrüstungen und der Sicherheit von der Frage der Seerüstungen getrennt und beide gleichzeitig, doch gesondert behandelt werden sollen. Stimson sei der Ansicht, daß die Landrüstungsfrage eine Angelegenheit sei, die von den europäischen Kontinentalmächten allein gelöst werden müsse, während die Seemächte die Aufgabe hätten, in der Frage der Seerüstung eine Verständigung zu finden.

An den letzten Verhandlungen wünsche Amerika praktisch und aktiv teilzunehmen, während es mit dem europäischen Sicherheitsproblem grundsätzlich nichts zu tun haben wolle.

Die gegenseitige Hilfeleistung sei eine Frage, die die Vereinigten Staaten nichts angehe und mit der sie sich nicht befassen wollten. Ein Abkommen dieser Art werde Amerika dementsprechend nicht mitmachen. Was England anbelange, so nehme es die gleiche Haltung ein und wolle ebenfalls keine neuen Bindungen übernehmen.

Die Genfer Besprechungen Brünings

Genf, 15. April. Reichskanzler Brüning ist Freitagabend gegen 18 Uhr in Begleitung des Leiters der Reichspressestelle Zechlin und Oberregierungsrat Planck von Lausanne aus im Automobil in Genf eingetroffen und ist im Hotel Metropole, dem Sitz der deutschen Abordnung, abgestiegen. Staatssekretär von Bülow war mit einigen Herren des Auswärtigen Amtes dem Reichskanzler im Automobil bis Lausanne entgegengefahren. Der Reichskanzler beabsichtigt, in jedem Falle bis zum Eintreffen des englischen Ministerpräsidenten Macdonald in Genf zu bleiben. Nach Mitteilung von englischer Seite wird Macdonald sogleich nach der am 20. April stattfindenden Haushaltsaussprache im Unterhaus nach Genf abreisen und einige Zeit an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Von zuständiger deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß der Zweck der Reise des Reichskanzlers nach Genf nicht in einem öffentlichen Eingreifen in die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz, sondern in den Besprechungen liege, die der Kanzler in der nächsten Woche mit den in Genf anwesenden Staatsmännern führen wird.

Dabei wird im besonderen die Vorbereitung der Reparationskonferenz von Lausanne besprochen werden.

Auch die Donaufragen sollen in gemeinsamen und Einzelbesprechungen weitergeführt werden. Bis Ende des Monats hofft man, das deutsche Memorandum über die Donaufragen fertiggestellt, das dann den beteiligten auswärtigen Regierungen übergeben werden soll.

Ueber die Aufnahme der Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Großmächte sind bisher noch keine Vereinbarungen getroffen, jedoch nimmt man an, daß diese vertraulichen Beratungen bereits in den allernächsten Tagen beginnen werden, da der englische Außenminister Simon bereits am Freitagabend, der italienische Außenminister Grandi und der amerikanische Staatssekretär Stimson am Sonnabend in Genf erwartet werden. Ueber die Rückkehr Tardieus nach Genf sind noch keine Mitteilungen gemacht worden.

In den diplomatischen Verhandlungen zwischen den vier Mächten der Londoner Konferenz ist jetzt vereinbart worden, daß am 28. April gemäß dem Beschluß der Londoner Konferenz die Sachverständigen der vier Regierungen zur Prüfung der Donaufrage zusammentreten werden.

Der Krisenkongreß

Der sogenannte Krisenkongreß der Freien Gewerkschaften, der soeben in Berlin abgeschlossen wurde, verdient deshalb Beachtung, weil man auf ihm zum ersten Male etwas Genaueres über die so oft in Wahlversammlungen der Sozialdemokratie und des Reichsbanners angekündigten großen Rezepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland hörte, über die der Sozialismus angeblich verfügte. Aus den zahlreichen Reden, die die Führer der Sozialdemokratie, darunter der Vorsitzende der Freien Gewerkschaften Leipart und der preußische Ministerpräsident Braun, hielten, läßt sich nun mit einiger Klarheit das sozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm herausschälen. Allerdings hat man sich die schwierigste Frage der Gegenwart wiederum allzu leicht gemacht. Denn die beiden Vorschläge, die man dem Kongreß unterbreitet hat, sind weder im Gedankengang noch in der Durcharbeitung der Probleme neu oder auch nur originell gefaßt.

Die erste Forderung, die man erhoben hat, ist nichts anderes als das alte sozialdemokratische Schlagwort: Die sechs Millionen Arbeitslosen haben das Fiasko des privatwirtschaftlichen Systems erwiesen, das deshalb durch die höher organisierte Bedarfsdeckungswirtschaft, durch den Sozialismus, ersetzt werden muß. Man muß demgegenüber feststellen, daß bei sachlicher Beurteilung der Lage nichts weniger erwiesen ist, als das angebliche Versagen der Privatwirtschaft. Um das den Freien Gewerkschaften zu erläutern, braucht man sie zunächst nur an die beiden einzigen positiven Feststellungen zu erinnern, die der Kongreß getroffen hat. Er hat sich eindeutig gegen jede weitere Tributzahlung gewandt und in allerdings vorsichtiger Form darauf hingewiesen, Deutschland müsse sich, nachdem dem Industrieexport immer engere Grenzen gezogen werden, eine stärkere Pflege des Binnenmarktes angedeihen lassen. Man hat hiermit, wenn auch unausgesprochen, anerkannt, daß für eine Gesundung des Binnenmarktes eine wieder rentabel gewordene Landwirtschaft die erste Voraussetzung ist. Damit haben sich die Gewerkschaften zu Auffassungen durchgerungen, die sie noch vor nicht allzu langer Zeit als Ausfluß eines „bornierten" Nationalismus auf das schärfste verdammten. Früher waren die Tribute eine Angelegenheit der Kapitalisten. Neben den Regierungsparteien forderten bekanntlich gerade die Gewerkschaften in ultimativer Form die Annahme des Dawes- und des Youngplanes, weil man sich davon Auslandsanleihen und damit Arbeitsmöglichkeiten versprach. Bei einer Auslandsverschuldung von 29 Milliarden mußte man sich allerdings von dieser Art der Arbeitsbeschaffung abkehren. Man zieht leider nicht die Folgerung, daß für die riesigen Zinslasten, die infolge dieser Anleihepolitik zu Erfüllungszwecken auf uns lasten, nicht die private Wirtschaft verantwortlich zu machen ist, sondern die politische Führung und die Gewerkschaften selbst, die durch sechs Jahre hindurch in der anleihespendenden Dollarsonne die Lebenskraft für Deutschland erblickten.

Ebensosehr hat man noch vor kurzem sich gegen eine Stärkung des Binnenmarktes gewandt mit der Begründung, Deutschland müsse billige Auslandslebensmittel kaufen, um vorteilhaft produzieren zu können und um dadurch seine Ausfuhr zu steigern. Die Gewerkschaften haben bisher, im Gegensatz zu den Warnungen der nationalen Wirtschaftspolitiker, unsere wirtschaftliche Zukunft völlig auf dem unsicheren Boden der Weltwirtschaft aufbauen wollen. Die neueste Entwicklung, die an Stelle des Weltmarktes die Nationalwirtschaft gesetzt hat, zwingt die Gewerkschaften, sich von ihren bisherigen Auffassungen gründlich abzuwenden. Von hier zu dem Bekenntnis, daß die Schuld an unserer Krise und der Weltwirtschaftskrise lediglich die Tribute und die internationalen Schulden tragen, ist nur ein Schritt. Ihn sind die Freien Gewerkschaften leider nicht mehr gegangen. Sie unterbrechen vielmehr den logischen Gedankengang, um die alten marxistischen Behauptungen gegen die Privatwirtschaft erneut zu erheben.

Wenn aber Tributausblutung, die in ihrem Gefolge stehende riesige Verschuldung und der unerhörte Steuerdruck, der heute 50 Prozent des Volkseinkommens beschlagnahmt und jede Kapitalbildung zerstört, an der Krise schuld sind, dann muß man, statt zu tadeln, vielmehr mit Bewunderung feststellen, welch ungeheure Leistung des Privatunternehmers es ist, trotz all dieser Schwierigkeiten nach neuen Möglichkeiten zu suchen, um die deutsche Erzeugung wenigstens teilweise aufrechtzuerhalten und ihr immer wieder Absatzgebiete zu erschließen. Wagt einer der Gewerkschaftsführer im Ernste, zu bestreiten, daß durch eine völlige Umformung unseres Wirtschaftslebens nicht vielmehr sich die Not in Deutschland so verschärfen würde, daß der Zusammenbruch unausbleiblich sein muß. Unsere Wirtschaftskrise wird sehr oft als eine Vertrauenskrise bezeichnet. Jedes wirtschaftliche Experiment erweckt aber neue Beunruhigung und neues Mißtrauen. Also das Gegenteil dessen, was notwendig ist. Außerdem rennt die gewerkschaftliche Forderung auf Einführung des höher organisierten Sozialismus offene Türen ein. Mit Recht wird gerade von objektiven, un-

Der Wahlskandal im Memelland

Drei neue litauische Zeitungen

Berlin, 15. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Masseneinbürgerung von Großlitauern im Memelgebiet, die durch die Aufhebung der bisher bestehenden Richtlinien zum Einbürgerungsgesetz durch das Direktorium Simmat überhaupt erst möglich gemacht worden ist, wächst sich zu einem Wahlskandal allerersten Ranges aus, wie ihn das an Wahlfälschungen mancherlei Art gewohnte Memelgebiet in diesem Ausmaß bisher noch nicht erlebt hat. Während bei den letzten Wahlen nur einige hundert Großlitauer eingebürgert wurden, eine Einbürgerung, die seinerzeit durch einen gelinden Druck des Völkerbundes wieder rückgängig gemacht wurde, sind bis zum Mittwoch dieser Woche, also in etwa drei Wochen, rund

6000 Großlitauer zu Memelländern gemacht

worden. Bei einem Teil dieser Neueingebürgerten handelt es sich um ledige Leute, die meisten aber sind verheiratet, so daß man bei der Errechnung der Tatsache, wieviel Stimmen den großlitauischen Parteien durch diese Einbürgerung zugeführt werden, auch darauf Rücksicht nehmen muß, denn zu zu den Eingebürgerten kommen ja noch die wahlfähigen Frauen und Kinder, die durch die Einbürgerung des Gatten bzw. des Vaters ohne weiteres zu „Memelländern" werden. Die Schätzungen im Memelgebiet, daß die in den letzten drei Wochen vorgenommenen Einbürgerungen im Memelgebiet etwa 10- bis 11 000 großlitauische Wähler zugeführt haben, dürften daher nicht zu hoch sein. Diese Zahl zeigt aber auch zugleich, daß durch derartige Manipulationen der neue Landtag selbstverständlich ein anderes Gesicht erhalten muß, als er es bisher zeigte.

Nicht weniger als drei neue Zeitungen sind in Memel selbst von litauischer Seite für den Wahlkampf ins Leben gerufen worden, darunter auch eine Zeitung in deutscher Sprache.

Gleichzeitig hat die litauische Regierung einen Gesetzentwurf über die Regelung der Beziehungen zwischen den memelländischen Behörden und der Zentralregierung in Kowno ausarbeiten lassen, dessen Verfasser der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Tribunals in Litauen, Professor Roemer ist, der sich für eine litauisch-polnische Annäherung einsetzt. Roemer ist übrigens zum Vertreter Litauens für den Haager Prozeß ausersehen worden. In einer Pressebesprechung über den erwähnten Entwurf hat Roemer erklärt, es handele sich darum, Litauens Aufsichtsrecht in Memel durch „gesetzliche Verankerung" den Memeler Lokalbehörden gegenüber klar festzulegen. Interessant ist auch noch, daß sich die litauische Presse nach Kräften bemüht, den Schritt der Signatarmächte zu bagatellisieren.

Propaganda gegen deutsche Waren

Berlin, 15. April. Sowohl in Holland wie in Dänemark ist nach Informationen des „DHD." die Stimmung gegen Deutschland wegen der Erhöhung des Butterzolls im Wachsen begriffen. In Holland hat sich eine Abwehrfront organisiert, die beabsichtigt, falls die jetzige Regelung des deutschen Butterzolls beibehalten wird, einen Boykott gegen alle deutschen Waren zu propagieren. Auch in Dänemark nimmt die Bewegung gegen deutsche Waren und zugunsten der Einfuhr aus England ständig zu. Schon jetzt wird in der Devisenzuteilung Deutschland stark benachteiligt und es ist damit zu rechnen, daß diese Tendenz noch eine Verschärfung erfahren wird. In der deutschen Ausfuhrindustrie mehren sich Merkmale der durch die Butterzollerhöhung entstandenen schweren Schädigung der deutschen Ausfuhrinteressen. Von seiten der deutschen Ausfuhrindustrie ist man infolgedessen bei der Reichsregierung vorstellig geworden, daß beschleunigt eine Verständigung mit Holland und Dänemark erzielt werden müsse.

Dr. Warmbold vor den bayrischen Industriellen

München, 15. April. Auf der 30. Jahreshauptversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes führte Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold u. a. aus, er habe volles Verständnis dafür daß man nicht mit allen Maßnahmen der Reichsregierung einverstanden sei. Er hoffe, daß die zur Zeit notwendigen Eingriffe in die Wirtschaft bald überflüssig würden. Die Devisenbewirtschaftung müsse zum Schutze der Währung unter allen Umständen durchgeführt werden. Die Rechtfertigung für die Eingriffe in die Wirtschaft sei der Kampfzustand, in dem wir uns mit dem Ausland befänden. Es sei zu wünschen, daß dieser Zustand bald beendet sei. Dazu sei allerdings nötig, daß unter den Völkern eine andere Auffassung über den Waren- und Geldverkehr Platz greife.

Verhaftungen bei Kreuger & Toll

Stockholm, 16. April. Spät am Freitagabend trat eine sensationelle Wendung in der Kreuger-Affäre ein. Nach Anzeige von der A. B. Kreuger & Toll und der Prüfungskommission verhaftete die Kriminalpolizei drei Direktoren, die beschuldigt werden, Kreuger beim Schaffen von fiktivem Einkommen und fiktivem Guthaben behilflich gewesen zu sein.

Schlichterbesprechung in Berlin. Im Reichsarbeitsministerium fand am Freitag eine Schlichterbesprechung statt, an der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald persönlich teilnahm.